

Gastbeitrag Henning Höne, Fraktionschef der FDP im nordrhein-westfälischen Landtag und möglicher nächster Vorsitzender der Landespartei

Mut zu großen Fragen

Von Henning Höne

Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat „Zeitenwende“ zum Wort des Jahres 2022 gekürt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine Folgen haben diesen Begriff geprägt. In der Folge hat Deutschland Waffen in das Kriegsgebiet geliefert, um die Ukraine zu unterstützen und ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr eingerichtet. Damit ist ohne Zweifel eine Zeitenwende Deutschlands in der Außen- und Sicherheitspolitik vollzogen worden.

Die Folgen des Krieges wirken auf unsere Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte wie ein Brennglas: Deutschland hat seine Bundeswehr vernachlässigt und sich zu stark von russischem Erdgas abhängig gemacht. Hinzu kommen die Defizite, die bereits in der Corona-Pandemie zutage traten. In der Pandemie haben wir gelernt, dass unsere Gesundheitsämter nicht zum automatischen Datenaustausch in der Lage sind. Und das System Schule war quasi nicht digitalisiert. In der Folge hatte der Lockdown besonders schwere Folgen gerade für die Kinder und Jugendlichen gehabt, die es ohnehin schon schwer haben.

Herausforderungen hat Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten über kleine Stellschrauben und mit dem Einsatz von Steuergeld gelöst: Neue Gesetze geschaffen, neue Stellen, neue Förderprogramme. Im Ergebnis lag unsere Staatsquote 2021 bei 51,3 Prozent. 15 Jahre vorher waren es noch 45,2 Prozent. Die rekordverdächtigen Staatsausgaben führen offensichtlich nicht zu einer Steigerung der Effizienz. Es drängt sich viel mehr der Eindruck auf: Der Staat funktioniert nicht, wenn die Baugenehmigung zügig erteilt werden muss. Aber er funktioniert gut, wenn der Balkon fünf Zentimeter zu breit gebaut wurde.

Wir brauchen erstens eine ökonomische Zeitenwende. Angesichts der bereits hohen

Staatsquote liegt die Lösung nicht darin, dass diese Ausgaben noch weiter steigen, sondern darin, dass wir den Kurs korrigieren. Seit der Agenda 2010 fehlte der Mut zu echten Reformen in Deutschland. Lange Jahre des Stillstands haben den Status Quo verwaltet, um kritischen Diskussionen aus dem Weg zu gehen und damit einen Zustand zementiert, der dem Land aktuell besonders zum Verhängnis wird. Das muss sich in diesem Jahrzehnt ändern! Ich wünsche mir Mut zu großen Fragen – und zu großen Reformen.

Wir müssen uns unbequemen Wahrheiten stellen: Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich. Der Einfluss unserer Werte auf die Welt ist nicht selbstverständlich. Angesichts der Dynamik der globalen Entwicklungen reicht es nicht aus, sich auf dem auszuruhen, was einmal erreicht ist. Denn die restliche Welt dreht sich weiter, wird besser. Hierzu zählen gerade viele Schwellenländer, auch mit konkurrierenden Wertesystemen. Dies macht ein echtes Umdenken in der Zeitenwende zwingend erforderlich. Wir müssen jetzt mutig die Weichen stellen, um Wohlstand und Arbeitsplätze zu erhalten, und um in den 2030er Jahren noch um die Exportweltmeisterschaft mitspielen zu können.

Handlungsfelder für große Fragen und Lösungen

Unser neuer Kurs muss wieder auf „Wachstum“ ausgerichtet sein. Wir können den einen Rettungsschirm nicht durch den nächsten finanzieren. Es braucht Vorfahrt für eine wachstumsorientierte Politik. Das bedeutet, dass wir auf Steuererhöhungen verzichten und neue Anreize für Investitionen schaffen. Ein Bürokratie-Moratorium reicht nicht aus. Wir brauchen einen Turbo beim Bürokratie-Abbau. Ein Beispiel: Das Bürgergeld kommt zukünftig von einer Stelle statt von Jobcenter, Arbeitsagentur oder Kommune.

An der Diskussion um den Weiterbetrieb unserer Atom-



Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

Foto: dpa

kraftwerke und die Räumung des Kohleabbaugebiets Lützerath kondensiert sich die Tatsache, dass vor allem Energie über unsere Wettbewerbsfähigkeit entscheidet. Eine verlässliche und preisgünstige Energieversorgung heute und in Zukunft ist für Unternehmen eine wesentliche Standortentscheidung.

Zweifel bei der Energieversorgung führen zu Abwanderungen und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand. Preisbremsen helfen nur kurzfristig. Mittel- und langfristig hilft nur ein größeres Energieangebot, um die Preise zu stabilisieren. Unsere Zukunft liegt zweifelslos in regenerativen Energiequellen. Um diese zu erreichen müssen wir aber unsere aktuelle Energieversorgung sichern und sich abzeichnende Engpässe überbrücken. Dafür benötigen wir energiebrücke mit konventionellen Energieträgern. Ein moderater Weiterbetrieb

der Kernkraftwerke gibt uns Sicherheit. Gleichzeitig müssen wir Kompetenzen in der Kernfusionsforschung ausbauen. Und statt Schiefergas aus den USA zu importieren, sollten wir eigene Vorkommen nutzen. Das wäre günstiger und zu höheren Umweltstandards möglich. Technologieoffenheit ist unser Schlüssel zu den Freiheitsenergien von morgen.

Die Chancen der Digitalisierung müssen wir umfänglich nutzen. Bei der digitalen Verwaltung müssen wir uns ehrlich machen: Nur Formulare online zu stellen reicht nicht. Die Prozesse müssen aus der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürgern heraus gedacht und schnellstmöglich umgesetzt werden. Mit der Geburt eines Kindes kommen beispielsweise viele Formalitäten und Behördengänge auf die Eltern zu. Alle Leistungen und Anträge könnten zusammengefasst, bedarfsgerecht voraktiviert und dann einfach per E-Mail zugestellt

werden. Auch die webbasierte An- oder Ummeldung eines Kraftfahrzeugs ist noch nicht flächendeckend verfügbar.

Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum warten häufig bis zu zehn Jahre bis zum Baubeginn einer Umgehungsstraße. Ein dringend benötigter Brückenneubau an der A45 kann mindestens fünf Jahre dauern, sofern es bis zur Schaffung von Ersatzquartieren für Fleder- oder Haselmäuse nicht zu Klagen kommt, weil eine Umweltverträglichkeitsprüfung noch fehlt. Wir benötigen einen Turbo für Planung und Genehmigung. Das gelingt nicht mit stetigem Personalzuwachs in den Verwaltungen, sondern es gelingt mit einem Verzicht auf Genehmigungen in vielen Bereichen. Der Bau eines Einfamilienhauses sollte automatisch nach vier Wochen als genehmigt gelten, wenn keine Rückmeldung kommt.

Das Prinzip des Föderalismus ist elementar für unsere

politische Ordnung. Die Machtverteilung zwischen Bund und Ländern verhindert Machtmissbrauch, ermöglicht mehr Demokratie und besondere Nähe bei regionalen Fragestellungen. Den Föderalismus müssen wir erhalten, aber neu denken: Unklare Zuständigkeiten, eine erdrückende Bürokratie und digitale Defizite bei den Behörden verhindern schnelle und pragmatische Lösungen. Dabei ist es den Bürgerinnen und Bürgern in ihrem Alltag gleich, welche Ebene im politischen System Verantwortung trägt, solange der Staat handlungsfähig ist. Die Wahrheit ist, dass aufgrund der gemischten Zuständigkeiten selbst Experten oft an ihre Grenzen kommen. Das führt teils zu Chaos und löst kurzfristige Improvisationen bei Finanzierungsfragen aus. Die großen Fragen müssen daher sein: Wie organisieren wir die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern neu? Und braucht es auch zukünftig

Zur Person

Henning Höne, geboren 1987 in Coesfeld, ist seit 2012 im NRW-Landtag und seit 2022 Chef der FDP-Landtagsfraktion. Auf dem Landesparteitag am Wochenende in Bielefeld bewirbt er sich als Landesvorsitzender und Nachfolger von Joachim Stamp.

16 Bundesländer? Zudem ist die Aufteilung der unterschiedlichen Steuereinnahmen zu komplex. Richtig ist doch: Da Geld muss den Aufgaben folgen

ARD und ZDF sollten Strukturen und Angebote zusammenlegen

Wir sehen großen Bedarf, der öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) neu auszurichten Struktur und Auftrag des ÖRF müssen zukunftsfest reformiert werden. Das gelingt, indem ARD und ZDF ihre Strukturen und Angebote zusammenlegen. So entsteht ein bundesweites Fernseh-Vollprogramm, in dem es genügend Platz für regionale Fenster geben sollte.

Das Programmangebot soll sich zudem wieder stärker auf Information, Bildung und Kultur fokussieren. Es braucht transparente Gehaltsbänder und die Intendantengehälter sollten gedeckelt werden. Es handelt sich schließlich nicht um privat erwirtschaftete Einnahmen, sondern um Pflichtbeiträge der Bürgerinnen und Bürger. Andere sagen, der Rundfunkbeitrag soll in den kommenden Jahren möglichst nicht steigen. Wir sagen: Der Rundfunkbeitrag soll bis 2027 halbiert werden.

Ich bin davon überzeugt: Das Beste liegt noch vor uns. Damit unsere Zeitenwende gelingt müssen wir aber etwas tun. Es reicht nicht aus, nur zufriedener mit dem Status Quo zu sein. Die Lust auf Neues und die Freude an Neugestaltung gibt uns Zukunft. Dafür streiten die Freier Demokraten.

Indonesiens Metropole Jakarta droht schon bald überflutet zu werden. Ein gigantischer Umzug steht an

Eine neue Hauptstadt in den Wäldern von Borneo

Von Carola Frentzen und Ahmad Pathoni

JAKARTA. Borneo ist ein einzigartiges Naturparadies. Der Dschungel der südostasiatischen Rieseninsel ist die Heimat von Orang-Utans, Borneo-Zwergeläpfeln, Nasenaffen, Nebelpardern und Nashornvögeln. Wie auch das Amazonasgebiet in Südamerika gelten Borneos Regenwälder als grüne Lunge der Erde – und als vielleicht letzter Garten Eden des Planeten.

Aber zerstörerische Waldbrände und massive Rodungen setzen gerade dem besonders artenreichen Inselteil Kalimantan, der zu Indonesien gehört, seit Jahrzehnten schwer zu. Jetzt steht der Region eine weitere Herausforderung bevor. Hier entsteht gerade Nusantara, die neue Hauptstadt des Inselreiches. Naturschützer warnen schon vor neuen Gefahren wegen des Mega-Projekts.

Die indonesische Regierung preist die künftige Metropole als nachhaltige und innovative Smart City an. Ein urbanes Utopia, in dem sich Grünflächen und Natur mit High-Tech paaren. So sollen in Nusantara nur Elektro-Fahrzeuge erlaubt sein, und die gesamte Energie soll aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden.

Das Parlament hatte im vergangenen Jahr den Umzug genehmigt. Grund ist vor allem, dass die bisherige Hauptstadt Jakarta auf Java langsam un-

tergeht und bereits zwischen 20 und 40 Prozent der Stadt unter dem Meeresspiegel liegen. Bis 2050 könnte das gesamte Gebiet von Nord-Jakarta überflutet sein. Hinzu kommen Verkehrschaos und Smog in der Mega-Metropole mit elf Millionen Einwohnern (und sogar mehr als 32 Millionen in der Metropolregion).

Bis 2045 sollen etwa 1,9 Millionen Bürger in Nusantara wohnen. Das sind zehn Mal so viele Menschen wie bisher in dem Gebiet leben. Aus dem Waldboden gestampft wird die Stadt in der Provinz Ostkalimantan auf einer stolzen Fläche von 256 000 Hektar (Berlin zum Vergleich: 89 200 Hektar) – von denen drei Viertel aber als Waldfläche bestehen bleiben sollen.

In diesem grünen Gürtel liegt auch Samboja Lestari, eine Rettungsstation für Orang-Utans und Malaienbären der Tiererschützer-Stiftung BOS (Borneo Orangutan Survival). „Die neue Hauptstadt wird auf ehemaligen Monokulturplantagen entstehen. Primärwälder sind dort schon lange verschwunden, und die Orang-Utan-Habitats liegen weit entfernt im Inselinneren“, sagte Daniel Merdes, Geschäftsführer von BOS Deutschland.

Zunächst habe es Bedenken gegeben, was die Zukunft der Orang-Utan Station betrifft. Aber die Organisation arbeite jetzt eng mit den Stadtplanern zusammen, um die bestmögliche Lösung für alle Beteiligten zu finden – und das Rehabili-



Hier soll Nusantara, die neue Hauptstadt Indonesiens, entstehen. Foto: dpa

tationszentrum für die Menschenaffen in das Projekt zu integrieren. „Im besten Falle entsteht durch die öffentlichkeitswirksame Hauptstadtlage ein verstärkter Fokus zum Erhalt der einmaligen Biodiversität der Insel inklusive neuer Finanzierungschancen“, betonte Merdes.

Auch BOS-Chef Jamartin Sihite sieht mehr Potenzial als Gefahr. „Rund 75 Prozent des Gebiets wird von Wald bedeckt sein und mit grüner Energie betrieben“, sagt er. „Und die Kernzone der Hauptstadt wird mit ursprünglichen Arten neu bepflanzt, nicht mit Monokulturen wie früher.“

Andere Umweltexperten warnen aber, dass gerade Ost-

kalimantan schon seit den 1980er Jahren ausgebeutet wird. Unter dem damaligen Diktator Suharto, der bis 1998 regierte, seien mehr als 160 Forstkonzessionen an Geschäftsleute in Penajam Paser Utara und Kutai Kartanegara vergeben worden – genau jenen Bezirken, in denen Nusantara gebaut wird, sagt Uli Artha Siagian. Die Wald-Aktivistin arbeitet für Indonesiens führende Umweltgruppe Walhi.

Die Folge: Massive Abholzung der einzigartigen Wälder, die Ansiedlung von Bergbaubetrieben und zahlreiche Palmölplantagen haben der Natur schwer zugesetzt. „Umweltkatastrophen häufen sich in Ostkalimantan immer mehr“, betont Siagian. Denn Wälder

haben eine Schutzfunktion als Barriere für den Abfluss von überschüssigem Wasser. Fehlen sie, sind Katastrophen vorprogrammiert. „Schon nach einer Stunde Regen sind heute Überschwemmungen und Erdrutsche oft unvermeidlich“, betonte Siagian.

In der Provinz Ostkalimantan wird die Bevölkerungszahl laut der Nationalen Agentur für Entwicklungsplanung von derzeit 3,7 Millionen Menschen auf mehr als elf Millionen steigen. Die Massenmigration werde die natürlichen Ressourcen in der gesamten Region zusätzlich belasten, ist Greenpeace-Aktivist Ari Rompas überzeugt. „Wir denken, dass es eine weitere Zerstörung der verbleibenden Waldgebiete geben wird, einschließlich des Mangrovenwaldes in der Bucht von Balikpapan.“ Rompas befürchtet eine deutliche Zunahme der Aktivitäten rohstoffgewinnender Unternehmen. „Dadurch werden ohnehin schon gefährdete Arten weiter bedroht.“

Die Wahl als Standort für eine neue Hauptstadt fiel auch deshalb auf Borneo, weil hier laut Präsident Joko Widodo das Risiko von Katastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben, Tsunamis und Vulkanausbrüchen deutlich geringer ist. Ob die ersten Behörden wie ursprünglich geplant bereits 2024 verlegt werden können, ist aber fraglich – die Bauarbeiten stecken noch immer im Frühstadium.

China schrumpft der Krise entgegen

PEKING (dpa). Chinas Bevölkerung ist im vergangenen Jahr erstmals seit sechs Jahrzehnten geschrumpft. Ende Dezember habe das bevölkerungsreichste Land der Welt 1,411 Milliarden Einwohner gehabt und damit rund 850 000 weniger als ein Jahr zuvor, teilte das Statistikamt in Peking mit. Experten sprechen von einem „Wendepunkt“ in Chinas Geschichte und warnen vor verheerenden Folgen einer „unvorstellbaren“ Bevölkerungskrise.

„Chinas demografische und wirtschaftliche Aussichten sind düsterer als erwartet“, meint der US-Sozialwissenschaftler Yi Fuxian von der Universität von Wisconsin. „China wird eine Schrumpfung durchlaufen müssen.“ Auch müsse es seine Sozial- und Wirtschaftspolitik ändern. Auf den Überschuss an Werktätigen, der Chinas Wirtschaftswunder als „Werkbank der Welt“ angekurbelt hatte, folgt jetzt Arbeitskräftemangel im herstellenden Gewerbe: „Chinas Produktionssektor wird unterbesetzt und überaltert – und so schnell abnehmen wie der Japans“, so Yi Fuxian.

Unaufhaltsam gehen seit Jahren die Geburten zurück, während die Gesellschaft überaltert. Die Auswirkungen der seit 1979 verfolgten „Ein-Kind-Politik“ werden immer spürbarer. Die Aufhebung der umstrittenen Geburtenkontrolle führte 2016 nur kurzzeitig zu einem leichten Anstieg der Geburten. Nur ein Kind zu haben, ist in China

heute die soziale Norm. Zwei Generationen haben es nie anders erlebt, so dass es tief in der Gesellschaft verankert ist.

Daneben sehen Experten die hohen Kosten für Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung in China sowie die schwindende Bereitschaft zur Heirat als wesentliche Gründe für die beunruhigende Entwicklung. Die seit drei Jahren andauernde Corona-Pandemie und hohe Arbeitslosigkeit gerade unter jungen Menschen schufen weitere Unsicherheiten, die den Trend noch beschleunigt haben dürften.

Als Reaktion auf Geburtenrückgang und rapide Überalterung wurden 2021 auch drei Kinder erlaubt. Außerdem bemüht sich die Regierung seither, es jungen Paaren leichter zu machen. Die Kosten für Kindergärten und Schulbildung wurden gesenkt. Finanzhilfen wurden gewährt, Mutterschafts- und Elternurlaub erleichtert.

Die Folgen der Bevölkerungskrise sind enorm. Schon länger müssen immer weniger Werktätige immer mehr alte Leute versorgen. Jeder fünfte Chinese ist heute älter als 60 Jahre. Unterstützen 2020 fünf Beschäftigte zwischen 20 und 64 Jahren einen älteren Menschen über 65 Jahre, werden es 2050 nur noch 1,5 Arbeitnehmer sein. „Ohne soziales Netz, ohne die Sicherheit der Familie wird sich eine Rentenkrise zu einer humanitären Katastrophe entwickeln“, warnt Forscher Yi Fuxian.